

Infobrief.)

3 | 10

Bewältigung der Arbeitsmarktkrise 2010 infolge der Wirtschaftskrise

VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Wetter zeigt erste Anzeichen des Frühlings, angeblich kommt er nun auch vermehrt in der Wirtschaft an. Da bleibt weiter zu hoffen, dass diese Entwicklung auch den Arbeitsmarkt stärker antreibt und Arbeitsplätze erhalten oder gar neue geschaffen werden.

Vorerst entwickelt sich der Arbeitsmarkt moderat, die konjunkturelle Lage ist allerdings nach wie vor fragil. Daher ist es wichtig, dass die Politik nun weiterhin die richtigen Weichen stellt und nicht verfrüht arbeitsmarktpolitische Instrumente zurückfährt, die eventuell noch dringend benötigt werden. Ein richtiger Ansatz wäre, die angekündigte Befreiung der Sozialversicherungsbeiträge während Kurzarbeit bis Mitte 2012 zu verlängern.

Es gibt bisher keinen Anlass das Bild einer moderaten und schwachen Entwicklung zu revidieren!

Das Projektteam



Daniel Grabow, wissenschaftlicher Mitarbeiter der TBS gGmbH



Aman Yoseph, wissenschaftlicher Mitarbeiter der TBS gGmbH



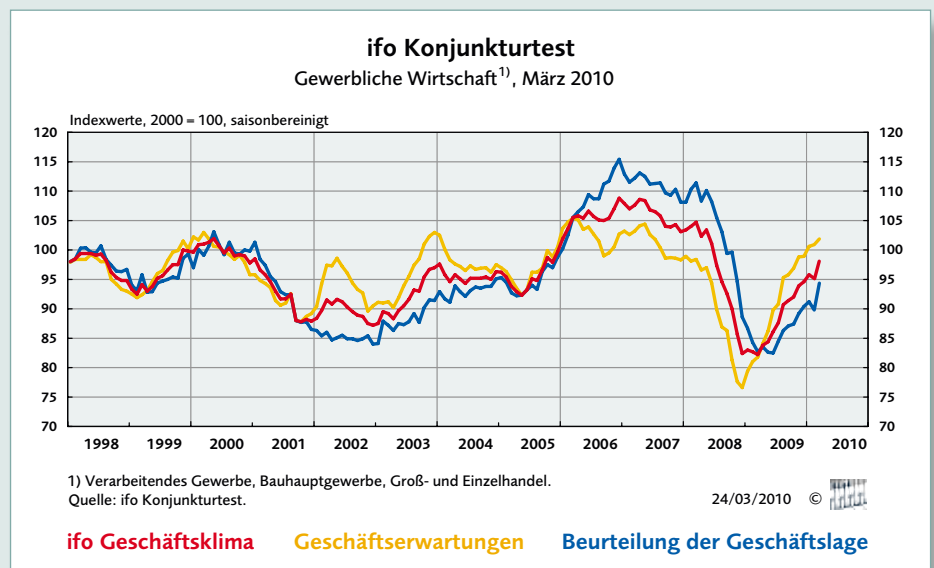
Konjunkturfrühling?

Im ersten Quartal 2010 hat sich die konjunkturelle Lage weiter verbessert. Nach dem die deutsche Wirtschaft im Februar stagnierte, verbesserten sich im März die verschiedenen Konjunkturindikatoren erneut.

Das DIW geht in einer aktuellen Meldung davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigten im ersten Quartal um 0,3% wachsen wird. Dies sei vor allem von einem leichten Anstieg in der Industrie, der durch die weitere Verbesserung der Auftragslage herrühre, getragen. Der leichte Aufwärtstrend in der deutschen Wirtschaft setzt sich scheinbar fort.

Für das gesamte Jahr 2010 prognostizieren die meisten Institute und Einrichtungen, beispielsweise der Bundesverband der deutschen Banken, aktuell ein Wachstum von 1,5%. Das DIW geht von 1,7% aus. Nach dem ersten schwachen Quartal soll sich mit Frühjahrsbeginn das Wirtschaftswachstum demnach weiter beschleunigen. Der ifo Geschäftsklimaindex hat sich im März entsprechend positiver gezeigt, er kletterte – nach einem Rückgang im Februar, von 95,2 um 2,9 Punkte auf 98,1. Vor allem die derzeitige Geschäftslage wird von den befragten Unternehmen erheblich günstiger beurteilt. Die Beschäftigung wollen die Industrieunternehmen im Moment weniger häufig reduzieren als im Vormonat. Das Ifo Institut geht davon aus, dass die günstigere Geschäftslage den Beschäftigungsabbau auch in den nächsten Monaten verlangsamen dürfte. Der Anteil der Unternehmen, die Kurzarbeit nutzen hat nur leicht abgenommen.

Wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Zahlen mitteilte, hat der deutsche Export im Februar 2010 gegenüber Februar 2009 um 9,6% zugenommen, ge-



genüber dem Vormonat Januar um 5,1%. In Rheinland-Pfalz nahm dieser sogar um 17,9% zu, wobei im Februar des Vorjahres ein Tiefstand erreicht war.

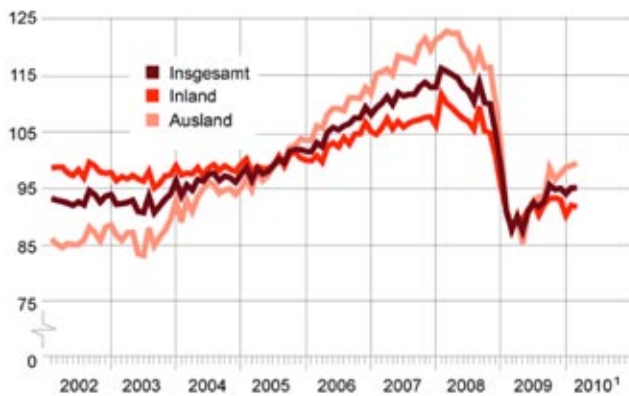
Im deutschen Verarbeitenden Gewerbe verblieb der Umsatz im Februar auf dem Niveau des Vormonats – im Januar hatte dieser um 1,2% zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Januar/Februar 2009) erhöhte sich der Umsatz um 6,7%, das Inlandsgeschäft nahm dabei um 3% und das Auslandsumsatz um 11,3% zu. Im obigen Umsatzindex ist allerdings un schwer zu erkennen, dass das derzeitige Niveau gegenüber den Vorkrisenwerten nach wie vor sehr stark differiert.

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe sind im Februar um insgesamt 7,4% angestiegen. Von den vier großen Industriebranchen in Rheinland-Pfalz erzielte der Maschinenbau mit

20,7% (gegenüber Januar 2010) den höchsten Umsatzzuwachs. Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe haben im Januar (gegenüber Dezember 2009) kräftig um 15,4% zugenommen. Für den Fahrzeugbau gab es mit einem Plus von 31,2% den größten Anstieg, gefolgt von der Chemischen Industrie mit 15,3% und dem Maschinenbau mit einem moderateren Zuwachs von 3,1%. Diese Entwicklungen erhielten allerdings im Februar vorerst einen Dämpfer: im Vergleich zum Januar hat sich der Auftragseingang wieder um 3,2% verschlechtert. Das lag vor allem am Rückgang der Inlandsbestellungen, sie gingen um 10,1% zurück. Das Nachfrageplus aus dem Ausland (+ 3%) konnte dieses nicht ausgleichen. Nachdem der Fahrzeugbau im Januar am deutlichsten zugelegte, musste er im Februar ein erhebliches Nachfrageminus von 20,9% verkraften.

Index des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe

Arbeitstäglich- und saisonbereinigter Wert (X-12-ARIMA)
Volumenindex 2005 = 100



Vorläufiges Ergebnis

1 Einschl. Januar 2010

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe

Arbeitstäglich- und saisonbereinigter Wert (X-12-ARIMA)
Volumenindex 2005 = 100



Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Die Graphik zum Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes zeigt und ruft in Erinnerung, von welchem Ausgangsniveau die derzeitige wirtschaftliche Erholung gekommen war. Sie gleicht mehr einer stabilisierenden Seitwärtsbewegung als einer steilen Aufwärtsbewegung. Betrachtet man das Vorkrisenniveau, so erscheint immer mehr als realistisch, dass dieses erst wieder in etwa im Jahr 2013 erreicht werden kann. Als gefährlich für die weitere positive Entwicklung der Produktion könnte sich der enorme Anstieg der Rohstoffpreise erweisen. Da die deutsche Industrie zu 95% auf Rohstoffressourcen aus dem Ausland angewiesen ist, gäbe es keinerlei Ausweichmöglichkeiten. Die höheren Preise müssten im Zweifelsfall an die Endverbraucher weitergegeben werden. Das wiederum würde die Absatz- und Exportchancen extrem verschlechtern.

Die allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland lässt sich vor allem auf die derzeitige Erholung der Weltkonjunktur zurückführen. Der deutsche Export nimmt weiter zu. Da dieser aber mit einem größerem Anteil vom EU-Handel abhängig ist und zu einem geringeren vom wirtschaftlich stärker aufgehenden Asien, bleibt eben abzuwarten inwiefern sich die EU als solche von der Krise

erholt. Die massiven Schuldenprobleme in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland lassen nichts Gutes erahnen. Für die OECD haben die G 7 Staaten insgesamt eine „zerbrechliche“ Konjunktur, da zukünftig Stützpfeiler wie die staatliche Fördermaßnahmen und die Lagerauffüllung der Unternehmen abhanden kämen. Aus dem gleichen Grund geht der Bundesverband der Deutschen Banken gleichfalls davon aus, dass das diesjährige Wachstum zwar noch von den wirtschaftspolitischen Impulsen und der Außenwirtschaft getragen wird, im kommenden Jahr allerdings wieder privatwirtschaftliche Kräfte und ein Erstarren der Binnennachfrage zu Buche schlagen müssten.

Allgemein lässt sich für die deutsche Konjunkturentwicklung festhalten, dass neben dem stärkeren Export der private Konsum aktuell schwach ausfällt. Das hat wahrscheinlich mit zweierlei zu tun. Zum einen schlägt sich hier das reduzierte Realinkommen (2009 - 0,4%) nieder, welches unmittelbar aus den reduzierten Arbeitszeiten und nur geringen Lohnzuwächsen des Vorjahres resultiert. Zum anderen verzeichnete das Statistische Bundesamt einen weiteren Anstieg der Privatinsolvenzen im Januar, sie lagen 4,6% über de-

nen des Vorjahresmonats, die Unternehmensinsolvenzen haben um 4,2% zugenommen. Hinzu kommt eine steigende Sparquote. Unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen hatte dies vor allem auf die Konsumgüterproduktion, diese sank im Februar um 2,5%.

Wie das IfW Kiel mitteilt, ist die Konjunktur weiterhin als fragil zu bezeichnen. Die konjunkturelle Grundtendenz sei nach wie vor schwach und nur von einer geringen Dynamik. Auch für die KfW Bank gibt es keinen Anlass, das Bild einer schwachen bis moderaten Entwicklung zu revidieren. Vielmehr sei am Ende des Jahres von erneuten Unterauslastungen der Kapazitäten in den Betrieben sowie einer höheren Arbeitslosigkeit auszugehen, welche sich negativ auf die Binnenkonjunktur auswirken werden.



Arbeitsmarkt bleibt stabil – Unterbeschäftigung nimmt zu

Nach dem die Arbeitslosenzahlen im Januar (+342.000) und gleichfalls im Februar (+26.000) angestiegen waren, reduzierten sie sich wieder im März um 75.000. Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Prozentpunkte auf 8,5%.

Zwar ist das Zurückgehen der Arbeitslosigkeit zu begrüßen, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es aktuell gegenüber Dezember 2009 noch immer 292.000 mehr Arbeitslose gibt. Außerdem muss bei der Ansicht und Interpretation der Statistiken der Arbeitsagentur berücksichtigt werden, dass die tatsächliche Zahl der Unterbeschäftigten weiter über den konkreten Arbeitslosenzahlen liegt. Laut Agenturangaben sind momentan 4,7 Millionen (inkl. Arbeitslose) offiziell unterbeschäftigt. Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit hat sich hier im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme ergeben (siehe auch Tabelle 2).

Des Weiteren müssen die Arbeitslosen, die eine private Arbeitsvermittlung in Anspruch nehmen, hinzu gezählt werden. Das sind aktuell in etwa 160.000 Arbeitslose, die seit Anfang 2009 auf Initiative der damaligen Regierung aus den Statistiken gestrichen werden.

Nicht zu vergessen bleiben die Transfermaßnahmen, die als „versteckter Personalabbau“ gelten können, da sie erst extrem zeitverzögert auf dem Arbeitsmarkt ankommen. Derzeit sind bundesweit rund 65.800 Menschen in Transfergesellschaften angestellt, in Rheinland-Pfalz sind dies rund 6.800. Wir erwarten eine weitere Zunahme dieser Zahlen.

Den größten Verlust an Beschäftigten hatte das Verarbeitende Gewerbe zu verzeichnen: im Vergleich März 2009/2010 gab es 263.000 mehr Arbeitslose. Die Beschäftigung ging somit um rund vier Prozent zurück.

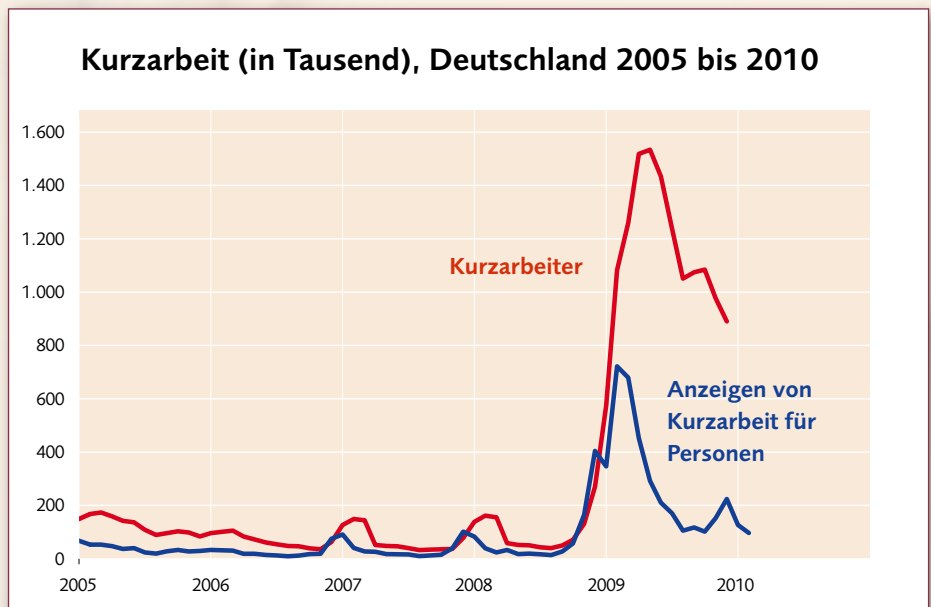
In Rheinland-Pfalz liegt die Arbeitslosenquote mit 6,3% mehr als 2% unter der Bundesquote. Derzeit sind rund 131.000 Menschen arbeitslos und insgesamt 179.000 unterbeschäftigt.

Deutschland 2010	Arbeitslosenzahl	Quote	Vorjahreswerte 2009
Januar	3.617.000 + 342.000	8,6% + 0,8%	Anzahl: + 129.000 Quote: + 3,7%
Februar	3.643.000 + 26.000	8,7% + 0,1%	Anzahl: + 91.000 Quote: + 2,6%
März	3.568.000 - 75.000	8,5% - 0,2%	Anzahl: - 18.000 Quote: - 0,5%

Tabelle 1

Deutschland 2010	Unterbeschäftigte	Quote	Vorjahreswerte 2009
Januar	4.753.000 + 264.000	11,2% + 0,1%	Anzahl: + 307.800 Quote: + 6,7%
Februar	4.797.000 + 44.000	11,3% + 0,1%	Anzahl: + 255.700 Quote: + 5,5%
März	4.731.000 - 66.000	11,1% - 0,2%	Anzahl: + 142.800 Quote: + 3,1%

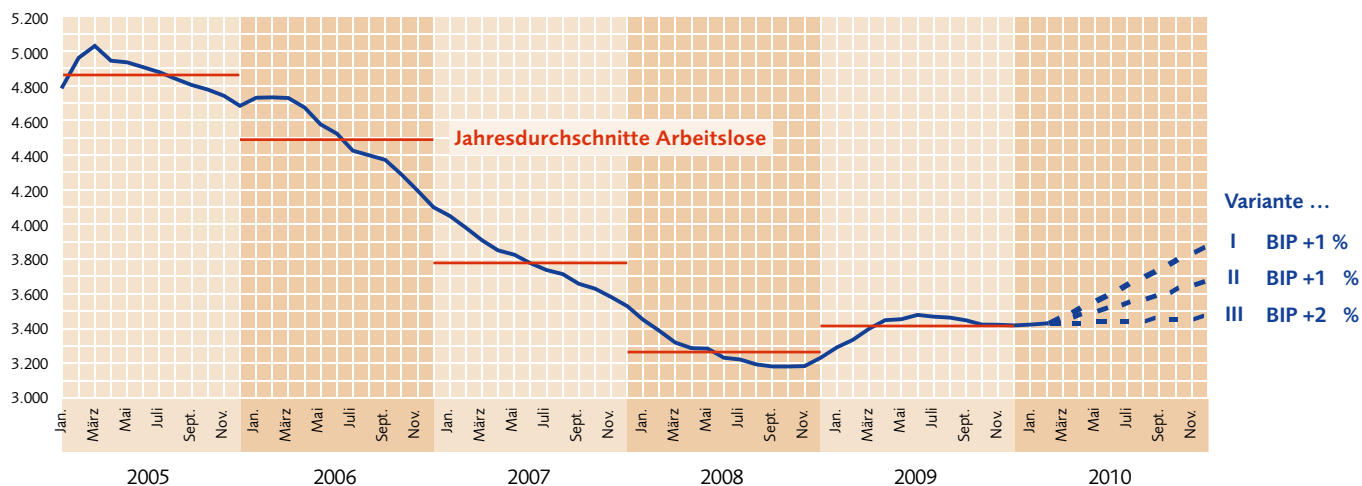
Tabelle 2



Gegenüber dem Höhepunkt der Kurzarbeit im Mai 2009 mit 1,5 Millionen KuG-Beziehern hatten sich diese im Dezember 2009 um 47% reduziert, blieben aber auf einem hohen Niveau: 890.000 Beschäftigte bezogen weiterhin Kurzarbeitergeld. Ersten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit

nach liegt die Anzahl der KuG-Bezieher im ersten Quartal 2010 bei ungefähr 850.000. Das würde im Vergleich zum Dezember 2009 eine Zunahme bedeuten, allerdings ist zu vermuten, dass die Betriebe aus Sicherheitsgründen eher Kurzarbeit(er) angemeldet als abgemeldet haben.

Weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt



Anmerkung: Aufgrund von unterjährig konjunkturellen Einflüssen und Sonderfaktoren wird die tatsächliche Entwicklung der hier dargestellten Jahrestendenzen überlagert.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB (FB A2).

© IAB

Die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes hängt nicht zuletzt von der konjunkturellen Entwicklung und dem zukünftigen Wirtschaftswachstum ab. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung macht in ihren Prognosen (siehe Graphik) die Entwicklung des Arbeitsmarktes von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts abhängig. Bei einem (unwahrscheinlichen) Wirtschaftswachstum von 2,5% läge die Zahl der Arbeits-

losen nach diesen Berechnungen bei knapp über 3,5 Millionen. Die wahrscheinlichere Variante von einem Prozent Wachstum ginge mit knapp 3,9 Millionen einher. Entsprechend unterscheiden sich auch die derzeitigen Prognosen der verschiedenen Institute und der Bundesregierung. Die Spanne reicht von 3,4 Millionen Arbeitslosen (IfW Kiel) bis zu negativeren Einschätzungen der Bundesregierung mit 3,7 Millionen (siehe auch Tabelle 3).

Prognose 2010	IfW Kiel	IAB	DIHK	Bundesregierung
Arbeitslose	3,4 Mill.	3,5 Mill.	3,6 Mill.	3,7 Mill.

Tabelle 3

Festzuhalten bleibt: auch wenn die Entwicklung am Arbeitsmarkt weiterhin als moderat einzuschätzen ist – im Vergleich mit dem Zeitraum vor der Wirtschaftskrise haben Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nach wie vor deutlich zugenommen haben.



Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge wird bis Mitte 2012 verlängert

Laut aktueller Pressemeldungen wird die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge ab dem 7. Monat Kurzarbeit verlängert werden. Die derzeitige Regelung wäre Ende dieses Jahres ausgelaufen, und wird nun bis März 2012 ausgedehnt. Ein entsprechender Gesetzesentwurf der Bundesarbeitsministerin wurde in dieser Woche durch die Koalitionsrunde beraten und hiernach durch das Bundeskabinett als „Beschäftigungschancengesetz“ beschlossen. Auf Drängen der FDP wurden am Gesetzesentwurf der Bundesarbeitsministerin Änderungen vorgenommen: die Frist für die Sozialversicherungserstattung läuft nicht wie geplant bis Mitte 2012, sondern nur bis März 2012.



Das bedeutet im Detail:

Die Bezugsfrist des Kurzarbeitergeldes bleibt für Ansprüche, die im Jahr 2010 entstehen, weiterhin bei 18 Monaten. Arbeitnehmer, die Ende dieses Jahres mit Kurzarbeit beginnen, können folglich noch bis Mitte des Jahres 2012 Kurzarbeitergeld beziehen. Die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge endet allerdings in diesen Fällen bereits Ende März 2012. Leiharbeiter können nach wie vor unter den gleichen Bedingungen in Kurzarbeit gehen.

Wie in der bereits angewandten Regelung übernimmt die Bundesagentur für Arbeit für die ersten sechs Monate Kurzarbeit die Sozialversicherungsbeiträge zu 50%, ab dem siebten Monat werden sie komplett übernommen. Bei einer Qualifizierung der Beschäftigten während der Kurzarbeitszeit werden weiterhin sofort alle Sozialbeiträge übernommen.

Es werden außerdem folgende Regelungen zu arbeitsmarktpolitischen Instrumenten bis Ende des Jahres 2011 verlängert:

- Weiterbildung Beschäftigter älterer Arbeitnehmer (ab 45 Jahren)
- Eingliederungszuschuss für Ältere (ab 50 Jahren)
- Entgeltsicherung für Ältere (ab 50 Jahren)
- Berufsorientierung für Jugendliche (bis 2013!)

Nicht verlängert wird die sogenannte Konzernklausel. Im Moment reicht es für eine hundertprozentige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge während Kurzarbeit in allen Betrieben eines Konzerns, wenn mindestens ein Standort sechs Monate Kurzarbeit durchgeführt hat. Diese Regelung fällt nun weg.

Die Unterstützung darüber hinaus gehender tariflich vereinbarter Kurzarbeit wie im neuen Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie „Zukunft in Arbeit“ vorgesehen, findet im Beschäftigungschancengesetz der Bundesregierung keine Berücksichtigung.

Der SPD-Vorschlag zur Kurzarbeit wurde am 21.04.2010 im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Bundestages sowie bei der Abstimmung im Bundestag am 22.04.2010 abgelehnt. Da Kurzarbeit für die SPD das „entscheidende Instrument“ gewesen ist, hatte diese vorgesehen, die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate auszuweiten und die Sonderregelung zur Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bis zum 31.12.2011 zu verlängern. Dabei hielt der Vorschlag fest, dass gegebenenfalls eine eventuelle erneute Verlängerung der Sonderregelungen rechtzeitig zu prüfen sei.

Qualifizierungsbeispiel Qualifizierung älterer Mitarbeiter zahlt sich aus

Eine Weiterbildung oder Umschulung sollte nicht nur jüngeren Beschäftigten vorbehalten sein, sondern kann auch älteren geringqualifizierten Mitarbeitern neue Perspektiven eröffnen. Im folgenden Beispiel möchten wir die erfolgreiche Verhinderung einer betriebsbedingten Kündigung durch eine maßgeschneiderte Qualifizierung und Umschulung vorstellen.

Ausgangssituation

Ein mittelständischer Betrieb musste aufgrund von Auftragsrückgängen einem Teil seiner Beschäftigten im Lager betriebsbedingt kündigen. Im Rahmen eines Sozialplanes wurden für mehrere Mitarbeiter aus dieser Abteilung Alternativen zur Kündigung erarbeitet. Für einen 55-jährigen Mitarbeiter aus diesem Bereich wäre eine Kündigung sehr folgenschwer gewesen, da er einen Migrationshintergrund hat und die deutsche Sprache wenig beherrscht. Erschwerend hinzu kam, dass er weder schreiben noch lesen konnte und zudem keine abgeschlossene Ausbildung hatte. Dieser Beschäftigte würde bei einer Kündigung mit diesem Qualifikationshintergrund sehr geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.



Projektaufbau

Mit Hilfe der TBS und der zuständigen Gewerkschaft wurde für diesen Mitarbeiter ein Weiterbildungskonzept erarbeitet, das seine Kompetenzen und Arbeitserfahrungen berücksichtigt und zeitgleich seine Qualifikationsdefizite behebt.



Das größte qualifikatorische Defizit des Mitarbeiters war sein Analphabetismus sowie seine fehlenden Deutschkenntnisse, welche ihn daran hinderten weitere Weiterbildungsmaßnahmen zu besuchen und erfolgreich abzuschließen. Erst nach Abbau dieser Defizite konnte überhaupt eine fachliche Weiterbildung angegangen werden. Nach einem Profiling des Mitarbeiters ist man zu dem Schluss gekommen, dass zuerst ein berufsbezogener Integrationskurs mit Alphabetisierung besucht werden soll, um darauf aufbauend eine Umschulung zum Fachlageristen zu absolvieren.

Der Integrationskurs ist eine Maßnahme zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse für Migranten in Deutschland. Mit dem am 01.01.2005 in Kraft getretenem Zuwanderungsgesetz wird allen Migranten, die neu nach Deutschland kommen, ein An-

spruch auf einen Integrationskurs zugesprochen. Ein Integrationskurs besteht aus 600 Stunden Deutschsprachkurs und 30 Stunden Orientierungskurs (ca. 6 Monate). Bei Kombinationsmodellen mit Alphabetisierung liegen die Kursstunden

bei ca. 950 Stunden (ca. 8 Monate). Getragen werden die Kosten der Kurse vor allem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Teilnehmer müssen jedoch pro Stunde 1 € bezahlen, sofern sie nicht von diesen Zahlungen befreit sind. Unter bestimmten Voraussetzungen kann auf Antrag der Eigenbeitrag vom BAMF übernommen werden. Neben den neu zugewanderten Migranten sieht das Gesetz jedoch auch für sogenannte „Bestandsausländer“ die Möglichkeit vor, einen Integrationskurs zu besuchen. Um an einem Integrationskurs teilnehmen zu können, müssen Bestandsausländer beim BAMF einen Antrag auf „Berechtigung zur Teilnahme am Integrationskurs“ stellen. Die Unterrichtssprache ist Deutsch und die Alphabetisierung erfolgt in der Zweitsprache Deutsch und nicht in der Muttersprache der Teilnehmenden.



Nach erfolgter Alphabetisierung sollte das Kernstück der Qualifizierungsmaßnahme die Umschulung des Mitarbeiters zum Fachlageristen erfolgen. Die Umschulung soll dem betroffenen Beschäftigten das Nachholen eines Berufsabschlusses ermöglichen und bei einer möglichen Arbeitslosigkeit bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt bieten.

Die betriebliche Umschulung zum Fachlageristen dauert ca. 18 Monaten und wird mit einem anerkannten Berufsabschluss abgeschlossen. Fachlageristen nehmen Waren an und lagern diese sachgerecht. In regelmäßigen Abständen kontrollieren sie den Lagerbestand und führen Inventuren durch. Für den Versand verpacken

sie die Güter, füllen die Begleitpapiere aus, stellen Liefereinheiten zusammen und beladen LKWs. Sie kennzeichnen, beschriften und sichern die Sendungen. Dabei sind einschlägige Sicherheitsvorschriften zu beachten. Die Güter transportieren sie mithilfe verschiedener Transportgeräte und Fördermittel, deren Pflege ebenfalls zu ihren Aufgaben gehört.

Wegen der Zulassung zum Integrationskurs für „Bestandsausländer“ und der Kostenbefreiung des Eigenanteils wurden sehr konstruktive und unbürokratische Gespräche mit dem BAMF geführt. Alle Wünsche von Seiten des Teilnehmers wurden bewilligt und der passende Integrationskurs angeboten. Mit dem Arbeitgeberservice der örtlichen Arbeitsagentur wurden wegen der Förderhöhe der Umschulung umfassende Gespräche geführt und auf Basis der finanziellen Zusagen ein gemeinsames Konzept erstellt.

Die gesamte Phase des Integrationskurses und der Umschulung wird während der Zeiten mit Kurzarbeit stattfinden. Für den betroffenen Mitarbeiter heißt das, dass er Kurzarbeitergeld und eine betrieblich vereinbarte Aufstockung erhält.

Umsetzung und arbeitsmarktpolitischer Nutzen

Der Mitarbeiter war sehr an seiner Weiterqualifizierung interessiert und auch schon in der Vergangenheit ähnliche Wünsche geäußert, die aber bis dato ungehört blieben. Die Umsetzung verlief reibungslos, da alle zuständigen Stellen, inklusive des engagierten Geschäftsführer des Unternehmens, sehr gut zusammenarbeiteten. Momentan besucht der betroffene Beschäftigte einen Integrationskurs mit Alphabetisierung und wird danach seine Umschulung zum Fachlageristen beginnen.

Der arbeitsmarktpolitische Nutzen besteht, unter Beachtung des demographischen Wandels, in der Etablierung älterer Mitarbeiter am Arbeitsmarkt. Mit einer Beschäftigungsquote von unter 50% bei älteren Beschäftigten (55 - älter) leistet sich Deutschland einen nicht bezahlbaren Luxus. Von daher ist es wichtig, neue Wege in der Qualifizierung von älteren Mitarbeitern zu beschreiten und ihnen neue Perspektiven zu eröffnen.

AKTUELLES

Sparkassen und deutsche Bank fördern den Mittelstand

Im Zuge der Konjunkturpakete wurde bereits in der vergangenen Legislaturperiode der Deutschlandfonds eingerichtet. Durch ihn sollte die Liquidität der deutschen Wirtschaft während der Finanzkrise über Bürgschaften und Kredite abgesichert werden. Nun legen auch die deutschen Sparkassen, Landesbanken sowie die Deutsche Bank Programme zur Förderung des Mittelstands auf.

Laut Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums wurde seit März 2009 die Finanzierung bei insgesamt 12.200 Unternehmen durch den Deutschland gesichert. In etwa 130.000 Arbeitsplätze sollen so erhalten ge-

blieben sein. Davon profitierten auch rund 8.000 kleine und mittlere Betriebe. Alles in allem wurden 11,5 Milliarden Euro Finanzierungshilfen geleistet, welche allerdings nur ein Zehntel der zur Verfügung stehenden Mittel des Fonds darstellten. Insgesamt ist der Deutschlandfonds mit 115 Milliarden Euro ausgestattet worden.

Seit kurzem gibt es für kleine und mittlere Unternehmen weitere Möglichkeiten, die eigene Finanzierung abzusichern: die deutschen Sparkassen, die Landesbanken und gleichfalls die Deutsche Bank haben Mittelstandsförderprojekte aufgelegt. Die deutschen Sparkassen und Landesbanken stel-

len den Unternehmen zur Absicherung des Eigenkapitals dieses Jahr 550 Millionen Euro zur Verfügung. Den Unternehmen soll somit geholfen werden, die schwierige wirtschaftliche Lage in Zeiten der zu überstehen. Die neuen Finanzierungsmittel sind über die örtlichen Sparkassen oder die dezentralen Beteiligungsgesellschaften der Sparkassen-Finanzgruppe erhältlich. Über die zentrale Internet-Plattform www.sparkasse.de/eigenkapital-mittelstand sind diese außerdem erreichbar.

Auch die Deutsche Bank stellte im Februar

ihren „Mittelstandsfonds für Deutschland“ vor. Allerdings verwaltet den mit 300 Millionen Euro ausgestatteten Fonds der „unabhängige“ externe Fondsbetreiber „M Cap Finance“. Der Fonds richtet sich „branchenübergreifend an zukunfts-fähige mittelständische Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 100 Millionen“ (Pressemitteilung der Deutschen Bank vom 2.02.2010). Der Fokus liegt hier ebenso wie bei den Sparkassen und Landesbanken auf der Eigenkapitalstärkung, der Stabilisierung der Gesamtfinanzierung, der Wachstums und der Investitionsfinanzierung.

Dessen ungeachtet haben sich einer Untersu-

chung der DIHK zur Folge, die Kreditkonditionen für 25% der deutschen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Bei 3% der Unternehmen wurden Kredite sogar gänzlich abgelehnt. Allgemein berichteten 28% der Unternehmen von Finanzierungsschwierigkeiten. Die DIHK sieht vor diesem Hintergrund noch keine flächendeckende Kreditklemme in Deutschland vorliegen, obgleich sich die Finanzierung für die deutsche Wirtschaft weiterhin „auf dünnem Eis“ bewege.

Die Bankenabgabe kommt



In Abstimmung mit Frankreich und Großbritannien will die deutsche Bundesregierung das Projekt einer Bankenabgabe auch in der EU forcieren. Gemeinsam mit den USA möchte man beim nächsten G8-Gipfeltreffen auf einen weltweiten Ansatz drängen, um sicherzustellen, „dass Banken, wenn sie in eine Krise geraten, in Zukunft nicht den Steuerzahler belasten, sondern ihr Risiko selbst tragen können“ (Bundeskanzlerin Merkel).

Wie angekündigt, soll die Bankenabgabe in Deutschland bald möglichst umgesetzt werden. Die Eckpunkte zur Bankenabgabe wurden Ende März festgelegt und werden nun von den zuständigen Ministerien (Wirtschaft und Justiz) zu einem Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) wird mit der Restrukturierung und der Verwaltung des einzurichtenden Banken- und Stabilitätsfonds beauftragt. Bereits der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wurde durch diese Institution betreut.

Alle Banken werden in Zukunft eine zumutbare Sonderabgabe an Stabilitäts-Fonds zu leisten haben. Der Fonds wird ausschließlich für die besagten Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen in einer nächsten Krisensituation verwendet. „Die Abgabe soll am jeweiligen systemischen Risiko eines Instituts bemessen werden. Das systemische Risiko ist anhand der Größe der eingegangenen Verpflichtungen eines Kreditinstituts und seiner Vernetzung im Finanzmarkt, gegebenenfalls unter Heranziehung weiterer Indikatoren, zu bestimmen“ (Pressemitteilung der Bundesregierung am 31.03.2010). Die Leistungsfähigkeit der Institute soll dabei nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, eine ausreichende Liquidität der Wirtschaft müsse gewährleistet bleiben. Aufgrund ihrer hohen Eigeneinlagen werden Sparkassen und genossenschaftliche Banken geringer belastet werden.

Den weiteren Vorhaben der Bundesregierung nach wird der Finanzaufsicht die Möglichkeit eingeräumt, bereits vor einer Bankeninsolvenz einzugreifen, um Finanzmarktstörungen zu vermeiden. „Gesunde“ Teile eines Finanzinstituts können so durch private Dritte oder eine staatliche Brückenbank übernommen und die restlichen Bereiche abgewickelt werden.

Daneben wird die Verjährungsfrist für die Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten börsenorientierter Aktiengesellschaften von bisher fünf auf zehn Jahre erhöht.

Herausgeber:



TBS gGmbH
Rheinland-Pfalz
Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz

Tel.: 06131/28835-0
Fax: 06131/226102
info@tbs-rheinlandpfalz.de
www.tbs-rheinlandpfalz.de

